



in puncto

2021/1

Die Mitte startet in die Zukunft!

- Der Aufbruch in die Zukunft hat begonnen
- Für eine positive Vision der Schweiz
- Abstimmungsparolen vom 7. März 2021

**Die
Mitte**)

Der Aufbruch in die Zukunft hat begonnen!

Es ist soweit: Seit diesem Januar sind wir offiziell Die Mitte. Es freut uns sehr, jetzt mit der neuen Partei in die Zukunft starten zu können. Das Jahr 2020 war ein historisches Jahr für unsere Partei: Fast 400 anwesende Delegierte haben Ende November 2020 beschlossen, dass wir ab diesem Jahr zusammen mit der BDP als Die Mitte in die Zukunft gehen. Es war der Schlusspunkt eines langen Prozesses und grosser gemeinsamer Anstrengungen.



Gerhard Pfister
Parteipräsident Die Mitte

Gleichzeitig war der Entscheid der Delegierten ein Startpunkt: es gibt viel zu tun! Unser Mitte-Magazin kommt in Zukunft als «in puncto» und bereits im neuen Kleid daher. Aber auch inhaltlich bleiben wir dran: Wir wollen die politische Kraft der Mitte sein, die die Schweiz zusammenhält. Gerade in diesen schwierigen Zeiten – mit der Covid-19-Pandemie und der weltweiten Polarisierung – zeigt sich, wie zentral der gesellschaftliche Zusammenhalt für den Erfolg der Schweiz ist. Dazu braucht es eine starke Mitte, eine Politik des Konsenses, die der Polarisierung und der Problembewirtschaftung entgegenhält.

Nur miteinander – und nicht gegeneinander – können wir die Krise überwinden

Ich hoffe, auch Sie sind alle gut ins neue Jahr gestartet und wünsche Ihnen alles Gute, vor allem gute Gesundheit. Denn wie im alten wird uns auch im neuen Jahr die Covid-19-Pandemie weiterhin stark beschäftigen und fordern. Für Die Mitte war seit Beginn der Pandemie klar, dass wir nur vereint diese Krise überwinden können, mit Freiheit, Solidarität und Verantwortung.

Abstimmungen vom 7. März 2021

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien sowie das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID) befür-

wortet Die Mitte klar. Das Freihandelsabkommen verbessert für Schweizer Unternehmen insbesondere den Marktzugang und setzt neue Massstäbe, was die Nachhaltigkeit von Palmölimporten in die Schweiz betrifft. Die E-ID ist ein wichtiger Schritt für die digitale Transformation, beispielsweise für die Entwicklung von E-Government-Anwendungen. Bei der dritten Vorlage, dem Verhüllungsverbot, spricht sich Die Mitte für den indirekten Gegenvorschlag aus, der in Kraft tritt, wenn die Initiative des Egerkinger-Komitees abgelehnt wird.



Die Mitte startet in die Zukunft

Wir freuen uns sehr, ab diesem Jahr mit der neuen Partei in die Zukunft starten zu können. Die Schweiz braucht eine starke Mitte, die aus der politischen Mitte heraus mit tragfähigen Lösungen für unser Land vorausgeht. Wir sind die Partei der bürgerlichen Mitte, für die soziale Verantwortung kein leeres Versprechen ist und die unser Land mit Freiheit, Solidarität und Verantwortung zusammenhält. Wir wollen die national relevante politische Kraft der Mitte sein und wir wollen all jenen Wählerinnen und Wählern, die von unserer Politik überzeugt sind, ein politisches Zuhause geben.

3 Fragen an Gerhard Pfister und Martin Landolt

Das letzte Jahr war ein ausgesprochen intensives Jahr für Sie beide. Dabei hatte man das Gefühl, dass Sie ein eingespieltes Team sind und sich gut verstehen.

Gerhard Pfister

Die Zusammenarbeit hat wirklich sehr gut funktioniert. Der Kontakt wurde schon intensiver, seit wir beide Parteipräsidenten waren. Da ist man häufig im gegenseitigen Austausch und lernt einander kennen und schätzen.

Martin Landolt

Wir sind uns beim Grundton, beim Anstand in der Politik sehr ähnlich. Und wir stehen beide zu unseren Überzeugungen, sind aber auch kompromissbereit. Politisch sind wir beim Ranking ziemlich nahe beieinander. Aber beim Fussball hören die Gemeinsamkeiten auf: Er ist GC-Fan, ich FCZ.

Wen wollen Sie mit der neuen Partei erreichen?

Gerhard Pfister

Natürlich hoffe ich, dass die bisherigen Stammwählerinnen und -wähler von CVP und BDP der neuen Partei ebenfalls treu bleiben. Und natürlich wollen wir nun auch ausserhalb unserer Stammwählerschaft neue Anhängerinnen und Anhänger ansprechen, welche die CVP bisher nicht aus inhaltlichen, sondern historischen Gründen nicht wählen konnten.

Martin Landolt

Wir wollen all jene Menschen erreichen, die der Meinung sind, dass es in der Schweiz eine starke Mitte braucht. Eine politische Kraft, die sich für tragfähige Lösungen einsetzt und dafür auch den Konsens und den Kompromiss sucht und nicht nur Problembewirtschaftung betreibt.

Für welche Themen und Werte will sich Die Mitte besonders einsetzen?

Gerhard Pfister

Grundsätzlich wird sich an unseren Inhalten und unseren Werten nichts ändern. Wir wollen aber vermehrt aus der Mitte heraus mit Lösungen vorangehen. In der Gesundheitspolitik, beispielsweise mit unserer Kostenbremse-Initiative, oder in der Sozialpolitik. Zudem braucht es Lösungen bei der Reform der Altersvorsorge. Um bei diesen Themen einen Schritt vorwärts machen zu können, ist eine starke Mitte, die das Land zusammenhält, wichtiger denn je.

Martin Landolt

Die Mitte soll als eigenständiger Pol in der politischen Landschaft der Schweiz wahrgenommen werden. Als eine Position, die es braucht, damit Lösungen zustande kommen und damit unser Land vorwärtskommt. In anderen Ländern sehen wir, zu welchen Problemen es führt, wenn die Polarisierung immer weiter zunimmt. Wir wollen den Leuten eine positive Vision der Schweiz bieten.

«Wir wollen eine positive Vision der Schweiz bieten.»

Vorteile für Handel und Umwelt

Als kleines und rohstoffarmes Land ist für die Schweiz der Aussenhandel eine wichtige Wachstumsstütze. Die Mitte befürwortet darum das Freihandelsabkommen (FHA) mit Indonesien, über das wir am 7. März abstimmen. Es wird für Schweizer Unternehmen den Marktzugang und die Rechtssicherheit für den Handel mit Waren und Dienstleistungen verbessern. Gleichzeitig setzt das FHA neue Massstäbe im Bereich der nachhaltigen Palmölproduktion.



Elisabeth Schneider-Schneider
Nationalrätin Die Mitte

Das Palmöl steht im Fokus des Referendums gegen das FHA mit Indonesien. Die Gegner sagen, durch das Abkommen werden die Monokulturen für Palmöl in Indonesien weiter wachsen und dadurch die Zerstörung des Regenwaldes voranschreiten.

Es ist so, dass sich Indonesien hier in einem Spannungsfeld befindet. Einerseits werden für die Produktion von Palmöl Regenwälder gerodet, und es bestehen ökologische sowie auch arbeitsrechtliche Probleme. Andererseits kann sich das Land dank der gewachsenen Bedeutung der Palmölindustrie auch wirtschaftlich entwickeln und vielen Menschen zu einem Einkommen verhelfen.

Werden diese Probleme durch ein FHA nicht noch zusätzlich verschärft?

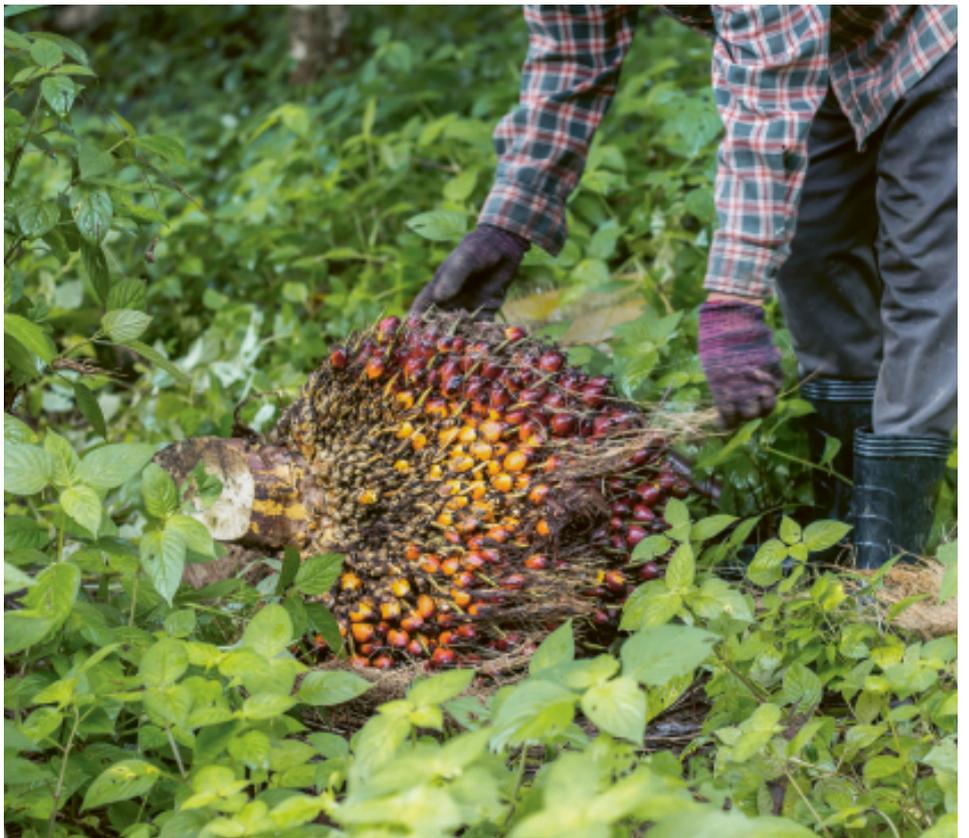
Nein. Das vorliegende FHA leistet im Gegenteil nun einen Beitrag, um Indonesien auf dem Weg zu einer nachhaltigen Palmölproduktion zu begleiten. Es setzt neue Massstäbe, für verantwortungsvolle Palmölimporte in die Schweiz. Das ist ein grosser Fortschritt im Vergleich zu den heute geltenden Bestimmungen für die

Nachhaltigkeit. Ausserdem sieht das Abkommen keinen Freihandel für Palmöl vor, sondern eine beschränkte Reduktion des Zolltarifs auf eine limitierte jährliche Importmenge.

Welche Vorteile ergeben sich durch das Abkommen für die Schweizer Wirtschaft?

Dieses Abkommen wird den Marktzugang und die Rechtssicherheit für den Handel mit Waren und Dienstleistungen und für Investitionen für unsere Unternehmen massgeblich verbessern. Für 98% der Warenausfuhren der Exportnation Schweiz nach Indonesien werden die Zölle wegfallen. Mit dem FHA mit Indonesien konnte ein Abkommen der neuen Generation ausgehandelt werden. Der Einbezug von Nachhaltigkeit in Handelsabkommen bietet grosses Potenzial für Wirtschaft und Umwelt.

«Das FHA mit Indonesien setzt neue Massstäbe, was die Nachhaltigkeit von Palmölimporten in die Schweiz betrifft.»



Gegenvorschlag zum Verhüllungsverbot

Der indirekte Gegenvorschlag zum Verhüllungsverbot nimmt die zentralen Anliegen der Initiative auf

Am 7. März 2021 stimmen wir über die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» ab. Die Mitte unterstützt dabei den indirekten Gegenvorschlag und lehnt darum die Initiative des Egerkinger Komitees ab. Der Gegenvorschlag kann nur in Kraft treten, wenn die Initiative abgelehnt wird.

Darum ist der indirekte Gegenvorschlag zum Verhüllungsverbot zielführend:

- Er nimmt das zentrale Anliegen der Initiative auf. So hat jede Person die Pflicht, einer Vertreterin oder einem Vertreter einer Schweizer Behörde das Gesicht zu zeigen und sich so zu identifizieren.
- Im Gegensatz zur Initiative lässt der Gegenvorschlag aber den Kantonen die Freiheit zu entscheiden, ob sie ein allgemeines Verhüllungsverbot einführen wollen oder nicht.
- Zudem sollten Kleidervorschriften nicht in der Verfassung verankert, sondern auf Gesetzesstufe geregelt werden.

«Ich unterstütze den indirekten Gegenvorschlag

und lehne darum die Initiative des Egerkinger Komitees klar ab. Denn der Gegenvorschlag nimmt die zentralen Anliegen auf, bringt aber nicht eine starre Regelung für die ganze Schweiz, sondern lässt den Kantonen genügend Spielraum, um die Umsetzung an ihre Bedürfnisse anpassen zu können.»



Simon Stadler
Nationalrat Die Mitte

«Ich bin gegen die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot».

Extremismus und Terrorismus sind mit präventiven oder polizeilichen Massnahmen und nicht mit Kleidervorschriften in der Bundesverfassung zu bekämpfen. Ein Verhüllungsverbot stärkt die Stellung der verschleierte Frauen nicht. Im Gegenteil: Es könnte dazu führen, dass die betroffenen Frauen nicht mehr am öffentlichen Leben teilnehmen.»



Viola Amherd
Bundesrätin Die Mitte

Die E-ID ist ein Schlüssel für die weitere Digitalisierung

Mit einem Reisepass oder einer Identitätskarte kann eine Person ihre Identität im Alltag nachweisen. Im Internet ist dieser Nachweis derzeit nur sehr umständlich zu erbringen. Daher hat der Bundesrat für die digitale Welt einen elektronischen Identitätsnachweis (E-ID) vorgeschlagen. Dabei ist vorgesehen, dass nur der Staat die amtliche Prüfung und Bestätigung ausstellen darf. Die Entwicklung und Ausstellung des elektronischen Identitätsausweises sollen hingegen privaten Anbietern überlassen werden. Die Mitte unterstützt die Einführung dieser E-ID.

Aus diesen drei Gründen sage ich klar Ja zur E-ID



Philipp Kutter
Nationalrat Die Mitte

«Erstens: Es ist eine zeitgemässe und zukunftsfähige Schweizer Lösung. Staatlich anerkannte elektronische Identifizierungsmittel sind für die Entwicklung von E-Government-Anwendungen oder auch für die Digitalisierung ganz allgemein wichtig.

Zweitens: Die Hoheit und die Kontrolle über die E-ID bleiben beim Staat. Die Technologie sollen aber spezialisierte private Unternehmen liefern. Diese sind näher an der digitalen Entwicklung.

Und drittens: Der Datenschutz wird gestärkt. Das neue Gesetz verlangt von allen Beteiligten die Einhaltung strenger Auflagen zum Schutz der Daten, die es für die E-ID braucht. Die Daten dürfen für keinen anderen Zweck genutzt und nicht an Dritte weitergegeben werden.»

Folge uns auf Social Media: #TeamOrange

 [Mitte_Centre](#)

 [Mitte.Centre](#)

 [Mitte_Centre](#)

Impressum

in puncto
Aktuelles der Mitte Schweiz
PC-Konto: 30-3666-4

Verlag und Redaktion
Die Mitte Schweiz
Postfach, 3001 Bern
kommunikation@die-mitte.ch

Abonnements

Jahresabo 20 Franken / 4 Ausgaben pro Jahr
Für Mitglieder im Jahresbeitrag inbegriffen